

Grüne Ratsfraktion, Kopstadtplatz 13, 45127 Essen

An
Oberbürgermeister Thomas Kufen
Rathaus Porscheplatz
45127 Essen

Vorab: per Mail

Hiltrud Schmutzler-Jäger
Fraktionsvorsitzende

Kopstadtplatz 13
45127 Essen
Telefon: 0201 2476411
Mobil: 0177 6521393
Telefax: 0201 2476419
Hiltrud.Schmutzler-Jaeger@gruene-fraktion-essen.de

Essen, den 09.01.2018

Geplante Einrichtung einer Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in Essen

Sehr geehrter Oberbürgermeister, lieber Thomas,

offensichtlich plant das Land die Einrichtung einer von landesweit fünf Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) in Essen. Im Gespräch soll dabei auch der Standort des ehemaligen Kutel-Geländes in Essen-Fischlaken sein.

Eine solche Einrichtung mit voraussichtlich 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in kommunaler Trägerschaft hätte erhebliche Auswirkungen. Wir bitten daher um die baldige Einberufung eines interfraktionellen Treffens der Fraktionsvorsitzenden und OPO-Sprecherinnen und Sprecher und im zweiten Schritt des stadtweiten Runden Tisches Asyl unter Einbeziehung von Vertreterinnen oder Vertretern der Landesregierung nur zu diesem Thema.

Im Rahmen dieses Treffens sollten Antworten u.a. auf folgende Fragen gegeben werden?

1. In welcher Form bedarf es einer Entscheidung des Rates der Stadt Essen über das Ob und Wie einer Einrichtung einer Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in Essen?
2. Welche Auswirkungen hätte die Schaffung von rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer ZAB für den städtischen Haushalt und Stellenplan?
3. Handelt es sich um auf Dauer eingerichtete Stellen? Verbleiben diese Stellen bei der Stadt im Falle einer Verkleinerung bzw. eines Wegfalls der ZAB?
4. Wie würde sich das Verhältnis zwischen kommunaler Ausländerbehörde und ZAB gestalten?
5. Welche Prüfungs- bzw. Entscheidungskompetenz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZAB? Inwieweit wird nach Aktenlage entschieden bzw. erfolgt eine persönliche Befassung mit den betroffenen Flüchtlingen?
6. Mit welchem Besucherverkehr muss bei einer ZAB, die ja für die gesamte Bezirksregierung Düsseldorf zuständig sein soll, gerechnet werden?

7. Was qualifiziert den möglichen Standort des ehemaligen Kutel-Geländes? Sollte eine solche zentrale Ausländerbehörde nicht eher in zentraler Lage mit guter Erreichbarkeit durch den ÖPNV liegen, wie es bei der ZAB in Bielefeld und in Köln der Fall ist?
8. Welche Planungen gibt es für eine Neuausrichtung der Erstaufnahmeeinrichtung auf dem ehemaligen Kutel-Gelände? Gibt es z.B. Überlegungen seitens der Landesregierung, den Standort am ehemaligen Kutel-Gelände als Dauerunterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern zu nutzen?
9. Wie ist sichergestellt, dass ehrenamtliche Flüchtlingsorganisationen wie z.B. Pro Asyl, auch künftig vor Ort Asylverfahrensberatung anbieten können?

Wir bitten um eine Terminierung des runden Tisches noch vor der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration am 20. Februar, damit dort die Erkenntnisse aus dem runden Tisch erörtert werden können.

Mit freundlichen Grüßen


Hiltrud Schmutzler-Jäger

Fraktionsvorsitzende

